

Niederschrift

über die Sitzung des Seniorenbeirates am 30. März 2007

Beginn der Sitzung: 10.05 Uhr

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Anerkennung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 26.01.07
4. Mitgliederwechsel im Seniorenbeirat:
Carin Tücks, neues stellvertretendes Mitglied im Stadtbezirk 2
Inès Klissenbauer, neues beratendes Mitglied des DRK
Ausscheiden von Margot Bitter, CDU
5. Mitteilungen der Verwaltung
6. Wohnen im Alter
Referenten: Burkhard Hintzsche, Beigeordneter
Armin Bank, Leiter des Amtes für Wohnungswesen
7. Steuererklärung 2006 für Seniorinnen und Senioren
Referent: Hans-Ulrich Liebern, Bund der Steuerzahler NRW
8. Verschiedenes, Termine

Anwesend:

1. Stimmberechtigte Mitglieder des Seniorenbeirates

1.1 Vertreter/innen der Stadtbezirke

Frau Scheinemann	Stadtbezirk 1
Frau Göbels	Stadtbezirk 2
Frau Schreiber	Stadtbezirk 3
Herr Osterland	Stadtbezirk 4
Herr Graß	Stadtbezirk 5
Frau Sader	Stadtbezirk 6
Frau Lange	Stadtbezirk 7
Herr Pohlmann	Stadtbezirk 8
Herr Vonderhagen	Stadtbezirk 9
Frau Werres	Stadtbezirk 10

1.2 Vertreter/innen der Heime

Frau Hartwig	Diakonie
Herr Mayer	Arbeiterwohlfahrt
Frau Thies	Caritasverband

1.3 Vertreter/innen der Ratsfraktionen

Ratsherr Janetzki	CDU
Ratsfrau Leibauer	SPD
Ratsherr Karen-Jungen	Bündnis 90 / Die Grünen
Frau Suciu-Sibianu	FDP

2. Beratende Mitglieder

2.1 Vertreter/innen der Verbände

Herr Wienß	Diakonie
Frau Schneider	Caritasverband
Frau Klissenbauer	Deutsches Rotes Kreuz
Frau Fröhlich	Jüdische Gemeinde

2.3 Vertreter/innen der Verwaltung

Herr Beigeordneter Hintzsche	Dezernat 06
Frau Vogelbusch	Dezernat 06
Herr Buschhausen	Leiter des Amtes für soziale Sicherung und Integration
Frau Giersch	Amt für soziale Sicherung und Integration
Herr Dölling	Seniorenreferat
Frau Pitschke	Geschäftsstelle Seniorenbeirat
Frau Strathen	Geschäftsstelle Pflegekonferenz
Frau Leuschner	Frauenbüro

3. Stellvertreter/innen der Stadtbezirke, Heime und Ratsfraktionen

Herr Dr. Mühlen	Stadtbezirk 1
Frau Tücks	Stadtbezirk 2
Herr Baumdick	Stadtbezirk 3
Herr Porepp	Stadtbezirk 6
Frau Müller	Stadtbezirk 7
Frau Wißmann	Stadtbezirk 9

4. Weitere Teilnehmer:

Herr Bank	Amt für Wohnungswesen
Herr Liebern	Bund der Steuerzahler

5. Entschuldigt

Frau Deffur	Stadtbezirk 8
Frau Barabas	Stadtbezirk 10
Frau Lucas	Seniorenzentren der Landeshauptstadt Düsseldorf gGmbH
Herr Jakobskrüger	FDP
Ratsherr Syska	Arbeiterwohlfahrt
Frau Deußen	Der Paritätische
Herr Altinsoy	Ausländerbeirat
Frau Spengler	Frauenbüro
Frau Eising	Stadtbezirk 4
Frau Prinz	Stadtbezirk 5

1. **Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Herr Vonderhagen begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Seniorenbeirates fest.

2. **Anerkennung der Tagesordnung**

Herr Vonderhagen informiert, dass in der heutigen Sitzung der TOP *Berichte aus den Stadtbezirken und Arbeitskreisen* entfalle, damit genügend Zeit für den Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehe.

Die Mitglieder des Seniorenbeirates erkennen die Tagesordnung einstimmig an.

3. **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 26. Januar 2007**

Frau Schreiber bittet um Korrektur eines unter TOP 8 (Seite 10) genannten Termins. Das adventliche Kuchenbüfett finde am 9. Dezember 2007 statt.

Auf Nachfrage von Frau Wißmann bestätigt Herr Beigeordneter Hintzsche, dass die unter TOP 5 genannte Friedhofsgebührenordnung an alle Mitglieder des Seniorenbeirates versandt werde, sobald diese vorliege.

Da das von Frau Wißmann im Protokoll unter TOP 8 genannte Sprachcafé nicht mit Telefonnummer und Öffnungszeiten wiedergegeben sei, gebe sie dieses heute unter dem Punkt *Termine, Verschiedenes* bekannt.

Die Mitglieder des Seniorenbeirates erkennen die Niederschrift einstimmig an.

4. **Mitgliederwechsel im Seniorenbeirat**

Herr Vonderhagen begrüßt die neuen Mitglieder herzlich im Seniorenbeirat.

Frau Carin Tücks sei neues stellvertretendes Mitglied im Stadtbezirk 2. Ihre Vorgängerin, Frau Hedwig Neske, schied am 20.11.06 auf eigenen Wunsch aus. Da die Kandidatenliste erschöpft gewesen sei, habe der Seniorenbeirat gemäß Punkt 4 der Geschäftsordnung selbst die Entscheidung über die Nachfolge getroffen. Nach Information der Verwaltung seien bei Frau Tücks die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft erfüllt.

Das Deutsche Rote Kreuz habe als neues stellvertretendes beratendes Mitglied Frau Inès Klissenbauer benannt.

Frau Margot Bitter, Delegierte der CDU-Ratsfraktion, sei auf eigenen Wunsch im Februar 2007 aus dem Seniorenbeirat ausgeschieden. Damit verliere der Seniorenbeirat ein sehr geschätztes und engagiertes Mitglied.

Die neuen Mitglieder stellen sich anschließend vor.

5. **Mitteilungen der Verwaltung**

Frau Giersch informiert, dass am 6. Februar in allen Stadtbezirken im Beisein von zahlreichen Besucherinnen und Besuchern die neuen "zentren *plus*" eröffnet worden seien. In allen Stadtbezirken liefen jetzt die Vorbereitungen für die Konstituierung der Stadtbezirkskonferenzen, in denen auch der Seniorenbeirat vertreten sei. In den Stadtbezirken 6 und 8 hätten bereits die ersten Sitzungen stattgefunden, die nächsten würden in Kürze folgen.

Im April werde eine Dokumentation über den 2. Fachtag *Düsseldorf - gemeinsam aktiv für das Alter* zur Neuausrichtung der Seniorenarbeit herausgegeben. Alle Teilnehmer/innen des Fachtages erhielten ein Exemplar.

Rund 400 Besucherinnen und Besucher informierten sich beim Informationstag des Pflegebüros und der Volkshochschule im Weiterbildungszentrum über Ideen und Produkte, die den Alltag erleichtern. Großes Interesse verzeichnete der Stand der Betreuungsstelle des Jugendamtes, an dem sich Bürgerinnen und Bürger besonders über Vorsorgevollmachten informierten.

Die nächste Veranstaltung der Reihe *Älter werden in Düsseldorf* finde am 26. Oktober statt. Hierbei stehe das 10-jährige Bestehen des Pflegebüros im Vordergrund.

6. **Wohnen im Alter**

Referenten: Burkhard Hintzsche, Beigeordneter

Armin Bank, Leiter des Amtes für Wohnungswesen

Herr Hintzsche stellt die Aktivitäten der Stadt Düsseldorf zum Thema *Wohnen im Alter* mit einem Folienvortrag vor. Er weist darauf hin, dass die Fragen des Seniorenbeirates im Rahmen des Referates und in der anschließenden Diskussion angesprochen werden. Der Folienvortrag und die im Vorfeld zusammengestellten Fragen des Seniorenbeirates liegen dem Protokoll bei.

Herr Hintzsche erklärt, dass bei den verschiedenen Projekten der Stadt Düsseldorf zum Thema *Wohnen im Alter* der Erhalt der eigenen Häuslichkeit im Mittelpunkt stehe. Flankierende soziale Dienstleistungen, die offene Altenhilfe und die neuen "zentren *plus*" würden bei der Erreichung dieses Zieles eine wichtige Rolle spielen. Im Rahmen des geplanten Stadtentwicklungskonzeptes *Düsseldorf 2020 +* werde zum Düsseldorfer Wohnungsmarkt vom Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung GmbH an der Universität Bochum eine Expertise erstellt. Diese enthalte auch quantitative und qualitative Gesichtspunkte des familiengerechten Wohnens und des Wohnens im Alter. Anschließend werde auf dieser Grundlage ein Stadtentwicklungskonzept für Düsseldorf erarbeitet. Nach Fertigstellung der Expertise erfolge eine Vorstellung der Ergebnisse im Seniorenbeirat.

Herr Hintzsche weist darauf hin, dass der Düsseldorfer Wohnungsmarkt überwiegend ein privater Wohnungsmarkt sei und es somit keine unmittelbare Verfügungsberechtigung seitens der Stadt Düsseldorf gebe.

Nach den Vorbemerkungen stellt Herr Hintzsche die Angebote der Wohnberatung für ältere oder behinderte Menschen vor, die allen Bürgerinnen und Bürgern kostenlos zur Verfügung stehen:

- Wohnraumanpassung
- Umzugsmanagement
- Umsetzung von Förderprogrammen des Landes NRW
- Vermittlung von senioren- und behindertengerechten Wohnungen
- Koordinationsstelle und Ansprechpartner zum Thema *Wohnen in Gemeinschaft*

In der Wohnberatungsstelle seien neben den Verwaltungskräften auch Sozialarbeiter und ein Architekt beschäftigt, der Vorschläge für bauliche Veränderungen im Rahmen der Wohnraumanpassung mache.

Die Beratungsstelle helfe bei der Beantragung von finanziellen Mitteln und unterstütze zum Beispiel bei den Verhandlungen mit dem Vermieter, dessen Zustimmung bei baulichen Änderungen notwendig sei.

172 Beratungen fanden im Jahr 2006 in Bezug auf die Wohnraumanpassung statt, der größte Teil als Hausbesuch. In 80 Haushalten seien Maßnahmen zur Wohnraumanpassung durchgeführt worden.

Wenn ein Umbau und damit der Verbleib in der eigenen Wohnung nicht möglich sei, werde im Rahmen des Umzugsmanagements gemeinsam nach alternativen Wohnungen gesucht und der Umzug organisiert. Im Jahr 2006 hätten 78 Personen dieses Angebot in Anspruch genommen, überwiegend seien Hausbesuche durchgeführt worden. 25 geförderte Umzüge hätten im Jahr 2006 stattgefunden.

Für die Wohnraumanpassung und Umzüge könnten städtische Zuschüsse nachrangig gewährt werden, wenn die Antragsteller 60 Jahre alt und zu mindestens 80 % behindert seien. Das Vermögen dürfe bei einem 1-Personen-Haushalt 5.000 Euro nicht überschreiten (2 Personen = 7.500 Euro) und die Einkommensgrenzen müssten eingehalten werden (1 Person = rund 1.760 Euro, 2 Personen = rund 2.350 Euro).

Das Förderprogramm des Landes NRW zur Reduzierung von Barrieren richte sich an Wohnungseigentümer. Es handele sich hierbei um eine einkommensunabhängige Förderung, bei der Darlehen mit 0,5 % Zinsen, 0,5 % Verwaltungskosten und 2 % Tilgung für barrierefreie Umbaumaßnahmen gewährt werden. Eine Mietpreis- und Belegungsbindung werde durch das Darlehen nicht ausgelöst. Durch eine intensivere Öffentlichkeitsarbeit soll die Wohnungswirtschaft auf dieses Angebot aufmerksam gemacht werden.

Als Gesamtetat würden dem Amt für Wohnungswesen 100.000 Euro für die Wohnraumanpassung, 50.000 Euro für das Umzugsmanagement, 1,21 Mio. Euro für Umbaumaßnahmen im Bestand und 13,66 Mio. Euro zum Bau barrierefreier Wohnungen zur Verfügung stehen. Herr Hintzsche erläutert, dass seit 1998 alle neu

gebauten, öffentlich geförderten Wohnungen barrierefrei gestaltet sein müssen. In Düsseldorf würden durchschnittlich 150 bis 200 dieser Wohnungen jährlich neu errichtet.

Auch die Vermittlung von senioren- und behindertengerechten Wohnungen sei eine wichtige Aufgabe der Beratungsstelle. Im Jahr 2006 seien 110 Wohnungen erfolgreich vermittelt worden.

Vor dem Hintergrund, dass die meisten Menschen so lange wie möglich in der eigenen Wohnung leben möchten und das Interesse an neuen gemeinschaftlichen Wohnformen als Alternative zum Betreuten Wohnen gestiegen sei, wurde die Koordinierungsstelle *Wohnen in Gemeinschaft* im Jahr 2005 beim Amt für Wohnungswesen eingerichtet. Gleichgesinnte, die in einem Haus (aber in getrennten Wohnungen) leben möchten, werden unterstützt. Interessenten sollen mit Investoren zusammengebracht werden.

Die Einrichtung der Koordinierungsstelle *Wohnen in Gemeinschaft* sei aus der Lokalen Agenda hervorgegangen. Ziel des Agenda-Projektes sei u. a. das Anstoßen einer öffentlichen Diskussion zum Thema *Wohnformen*.

Obwohl das Interesse am Wohnen in der Gemeinschaft gestiegen sei, möchten die meisten Menschen am liebsten in ihrer bisherigen Wohnung wohnen - auch bei Hilfe- und Pflegebedürftigkeit. Die Wohnraumanpassung sei daher besonders wichtig.

Herr Hintzsche unterstreicht, dass die Beratungsstelle für ältere oder behinderte Menschen zentraler Ansprechpartner für alle Interessierten (Bürger, Wohnungsgesellschaften, Investoren und Architekten) sei. Gruppen mit konkreten Projektvorstellungen werden bei der Suche nach geeigneten Grundstücken bzw. Bestandsobjekten unterstützt.

Nach dem Vortrag findet eine Diskussion mit den Mitgliedern des Seniorenbeirates und den anwesenden Bürgerinnen und Bürger statt.

Nach Meinung von Herrn Dr. Mühlen müsse das Thema *Wohnen* noch mehr in den Mittelpunkt gerückt werden, und er fragt Herrn Hintzsche nach der Rolle des Seniorenbeirates. Herr Hintzsche würde sich freuen, wenn der Seniorenbeirat zum Thema *Wohnen* eine Multiplikatorenfunktion wahrnehme und Interessierten das Wohnungsamt als Ansprechpartner nenne.

Im Rahmen seiner beratenden Funktion erhalte der Seniorenbeirat alle erforderlichen Informationen über neue Projekte, wie zum Beispiel über das Stadtentwicklungskonzept in der heutigen Sitzung.

Herr Hintzsche betont, dass bei der Stadt Düsseldorf die Handlungsbereiche dezentralübergreifend in Form einer Steuerungsgruppe geplant werden - vom sozialen Bereich bis zur Stadtplanung.

7. Steuererklärung 2006 für Seniorinnen und Senioren
Referent: Hans-Ulrich Liebern, Bund der Steuerzahler NRW

Herr Liebern stellt sich vor und erläutert, dass durch das neue Alterseinkünftegesetz die Rentenbesteuerung ab dem Jahr 2005 neu geregelt worden sei. Rentnerinnen und Rentner, die jahrelang keine Steuererklärung abgegeben haben, müssten sich jetzt wieder mit dem Thema beschäftigen. Herr Liebern weist auf die vom Bund für Steuerzahler herausgegebene Broschüre hin, die er für die Anwesenden mitgebracht habe. Dieser Ratgeber gebe konkrete Hilfestellung beim Ausfüllen der Steuererklärung und ihrer Anlagen.

Bei den Alterseinkünften müssten die verschiedenen Arten der Bezüge unterschieden werden. Es gebe die klassische Sozialversicherungsrente, die Zusatzversicherungsrente, die Werksrente und den großen Bereich der berufsständischen Versorgungswerke (für Selbstständige).

Herr Liebern erklärt, wer verpflichtet ist, Steuern zu zahlen. Das Steuerrecht unterscheide bei der Besteuerung zwischen Ledigen, Verwitweten, Alleinstehenden und Verheirateten. Hieraus würden sich verschiedene Steuerfreibeträge ergeben.

Rentnerinnen und Rentner, die mit ihrer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung über einem Bruttobetrag von 18.900 Euro liegen, müssten eine Steuererklärung abgeben. Bei Verheirateten sei der Betrag doppelt so hoch (37.800 Euro). Kämen weitere Renten bzw. Einkünfte dazu, gelte diese Grenze nicht.

Herr Liebern informiert über die unterschiedlichen Besteuerungsgrundlagen und die Möglichkeit, die Steuern zu mindern. Werbungskosten, Sonderausgaben und außergewöhnliche Belastungen könnten in der Steuererklärung angegeben werden. Zu den Sonderausgaben gehörten zum Beispiel Versicherungsbeiträge, Altersvorsorgebeiträge, Unterhaltsleistungen, Kirchensteuer oder Spenden. Aufwendungen bei körperlicher Behinderung oder die Unterstützung von bedürftigen Personen gehörten zu den außergewöhnlichen Belastungen.

Eine besondere steuerliche Förderung werde für haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse und Dienstleistungen gewährt.

Haushaltsnahe Dienstleistungen in der selbst genutzten Wohnung, wie zum Beispiel die Fensterreinigung, werde mit 20 % der Rechnung (maximal 600 Euro) gefördert. Anerkannt werden allerdings nur Kontoüberweisungen, keine Barzahlungen. Werde ein Pflegedienst in Anspruch genommen, so würden 20 % der Aufwendungen (maximal 1.200 Euro) mit der Steuer verrechnet.

Ab dem Jahr 2006 würden Handwerkerleistungen am selbst genutztem Wohneigentum gefördert. Auch Mietern, die den Handwerker beauftragt hätten, stehe diese Vergünstigung zu. 20 % der Rechnung (maximal 600 Euro) könnten geltend gemacht werden. Nur der Arbeitslohn inklusive der Fahrkosten werde anerkannt.

Die Abgabefrist für die Steuererklärung 2006 ende am 31.05.2007. Herr Liebern empfiehlt, die Steuerklärung rechtzeitig abzugeben. Sollte das Finanzamt zur Steuererklärung für vergangene Jahre auffordern, fallen Verzugszinsen an (6 %) und eventuell müsse mit einer Strafe gerechnet werden.

Nach dem Vortrag von Herrn Liebern findet eine Aussprache statt.

8. **Verschiedenes, Termine**

Frau Sader berichtet, dass das in Düsseldorf zur Zeit laufende Programm zur Früherkennung von Brustkrebs (Mammographie-Screening) im Ausschuss für Gesundheit und Soziales am 28. Februar und in der Gesundheitskonferenz am 14. März vorgestellt worden sei. Frauen zwischen 50 und 69 Jahren würden zu einer kostenlosen Untersuchung eingeladen. Drei Faltblätter mit weiteren Informationen lägen in der heutigen Sitzung aus. Interessierte Frauen, die in Kürze das 70. Lebensjahr erreichten, sollten sich unter der Rufnummer 59 70 70 00 einen Untersuchungstermin geben lassen.

Frau Wißmann ergänzt das im Protokoll vom 26. Januar unter TOP 8 genannte Sprachcafé um die Telefon- und Fax-Nummer (748 79 72) und um die folgenden Öffnungszeiten: Montag bis Mittwoch von 10 - 13 Uhr und Donnerstag von 14 bis 17 Uhr. Sie weist auf zwei Veranstaltungen im Weiterbildungszentrum hin, die in Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat stattfinden. Am Donnerstag, 3. Mai, 15.30 bis 17.30 Uhr, stelle sich das SeTA (Seniorentheater in der Altstadt e. V.) vor und am Donnerstag, 14. Juni, 15.30 bis 17.30 Uhr, referiere Frau Giersch über das Projekt *Düsseldorf - gemeinsam aktiv für das Alter*.

Frau Scheinemann informiert über eine Fachtagung am 2. Februar zum Thema *Altersdiskriminierung* in Köln, die vom Kuratorium Deutscher Altershilfe und der Landessenorenvertretung mit Unterstützung des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW veranstaltet worden sei. Als Vertreterin des Seniorenbeirates habe sie an einer dort stattfindenden Podiumsdiskussion teilgenommen. Am 2. März habe sie am zweiten Verbraucherforum 60+ des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes NRW teilgenommen, bei dem unter anderem Haustürgeschäfte thematisiert worden seien.

Ende der Sitzung: 12.35 Uhr
Nächste Sitzung: 25. Mai 2007

Vonderhagen
Vorsitzender des
Seniorenbeirates

Hintzsche
Sozialdezernent

Pitschke
Schriftführerin

Anlagen

Folien-Vortrag von Herrn Hintzsche (TOP 6)
Fragen des Seniorenbeirates (TOP 6)